



I. Allgemeine Informationen: Erweiterung

Die Verhandlungen der EU mit dem Beitrittskandidaten Kroatien nähern sich dem Ende. Das Europäische Parlament (EP) sprach sich in einer Resolution für einen raschen Abschluss der Gespräche aus. Darin heißt es, dass die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien in der ersten Hälfte 2011 abgeschlossen werden können, wenn die notwendigen Reformen weiterhin entschlossen durchgeführt werden. Die Europaabgeordneten betonten, dass die Korruption weiterhin ein ernst zu nehmendes Problem ist. Erweiterungskommissar Stefan Füle forderte in der Debatte zum Thema die Regierung Kroatiens zu verstärkten Anstrengungen auf. Er forderte eine nachhaltige Korruptionsbekämpfung und eine Reform des Justizwesens. Die Verhandlungen sollen bis Jahresmitte abgeschlossen sein. Ist dies der Fall, könnte das EP im Spätsommer seine Zu-

stimmung erteilen. Nach der darauffolgenden Unterzeichnung des Vertrags durch die EU-Regierungen und der nach der kroatischen Verfassung vorgeschriebenen (positiven) Volksbefragung könnte dann der Ratifizierungsprozess (Zustimmung durch alle nationalen Parlamente) in den EU-Mitgliedstaaten beginnen. Je nach Dauer dieses Prozesses wäre Kroatiens Beitritt zur EU im Laufe des Jahres 2013 möglich. Die EU hatte die Verhandlungen mit dem Balkanstaat zeitgleich zu den Verhandlungen mit der Türkei im Oktober 2005 aufgenommen. Ein Beitritt der Türkei liegt jedoch in weiter Ferne. Die CDU/CSU-Gruppe im EP hat sich gegen einen "raschen Abschluss der Gespräche Kroatiens" ausgesprochen, da das Problem der Korruption unseres Erachtens noch nicht ausreichend gelöst ist.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Verstärkte Zusammenarbeit beim Patentschutz

Nach jahrzehntelangen erfolglosen Verhandlungen könnten in der EU nun bis Jahresende einheitliche Standards zum Patentschutz gelten. Das EP billigte die ursprünglich von zwölf EU-Staaten, darunter Deutschland, beantragte verstärkte Zusammenarbeit zur Einführung eines Gemeinschaftspatents. Weitere 13 Mitgliedstaaten haben erklärt, sich anschließen zu wollen. Damit bleiben zunächst nur noch Spanien und Italien außen vor, können sich dem Verfahren aber jederzeit anschließen. An diesen beiden Staaten waren die Verhandlungen zum EU-Patent zuletzt gescheitert, da sie einen Verzicht auf ihre Sprachen nicht hinnehmen wollen. Eines der wichtigsten mit dem EU-Patent verfolgten Ziele ist es, dass Patentansprüche nicht mehr kostenintensiv in die Landessprache eines Mitgliedslandes ü-

bersetzt werden müssen, wenn sie dort gelten sollen. Künftig sollen Deutsch, Englisch oder Französisch reichen. Die EU-Kommission ist jetzt aufgefordert, Rat und Parlament einen offiziellen Vorschlag zu der künftigen Sprachregelung sowie zur Schaffung des einheitlichen Patentschutzes vorzulegen. Die EU-Industrie verlangt seit langem ein Gemeinschaftspatent. Derzeit kostet der EU-Kommission zufolge ein Patent, das lediglich in 13 Staaten gültig ist, rund 20.000 EUR, wovon allein 14.000 EUR für Übersetzungen veranschlagt werden müssten. Damit sei ein EU-Patent rund zehnmal teurer als ein US-Patent, das etwa 1.850 EUR koste.

2. Richtlinie Passagierrechte für Busreisende

Das EP hat eine Verordnung angenommen, mit der Busreisende in der EU ein Recht auf

Versorgung und Entschädigung bekommen, wenn ihr Bus ausfällt oder sich deutlich verspätet. Dies gilt allerdings nur, wenn der Bus fahrplanmäßig weiter als 250 Kilometer fährt. In der Verordnung werden außer Entschädigungsansprüchen auch maximale Haftungsgrenzen für Unfallschäden oder verlorenes Gepäck festgelegt sowie Rechte auf Information und Unterstützung. Auch Buchungen behinderter Menschen dürfen künftig nicht mehr abgelehnt werden. Ferner müssen die Mitgliedstaaten unabhängige Beschwerdestellen einrichten. Die Verordnung tritt 2013 in Kraft.

3. CO₂-Obergrenzen für Kleintransporter sind beschlossen

Kleintransporter bis 3,5 t Gewicht (Vans) dürfen in der EU ab 2017 im Flottendurchschnitt höchstens 175 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen, 2020 dann höchstens 147 gr/km. Der Wert für 2020 soll 2013 nochmals auf den Prüfstand gestellt werden. Ähnlich wie bei Pkw hängt der erlaubte Kohlendioxid-Ausstoß pro Kilometer auch bei Vans künftig vom Gewicht der Fahrzeuge ab, wobei schwere Vans mehr CO₂ emittieren dürfen. Mit der Einführung der Grenzwerte wird schrittweise begonnen: Ab 2014 soll die Differenz zwischen dem angestrebten Wert von 175

gr/km und dem zu diesem Zeitpunkt bestehenden Wert des Flottendurchschnitts zunächst um 70% gesenkt werden. In den beiden Folgejahren dann 75% bzw. 80%.

4. Grünbuch Rentenstrategie

Das EP forderte in einer mit großer Mehrheit angenommenen Stellungnahme die EU-Staaten auf, für stabile, zuverlässige und nachhaltige Rentensysteme zu sorgen, mit denen ein angemessenes Rentenniveau gewährleistet und massenhafte Altersarmut verhindert wird. Auf EU-Ebene muss dafür gesorgt werden, dass Betriebsrentenansprüche beim Wechsel des Arbeitgebers sowohl national als auch über EU-Binnengrenzen hinweg leichter übertragbar sind. Deshalb soll ein Pensionsanspruch zum Beispiel nicht von vielen Jahren Betriebszugehörigkeit abhängig gemacht werden. Weiter forderten die Parlamentarier für eine bessere Bezahlung von Frauen zu sorgen, die wegen niedrigerer Löhne und längerer Erziehungszeiten häufiger im Alter ärmer sind als Männer. Auch muss dafür gesorgt werden, dass die Menschen nicht weiter massenweise vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters in Pension gehen, sondern auch gegen Ende ihrer Berufslaufbahn noch Beschäftigung finden können.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Beitritt Liechtensteins zum Schengenraum und zum Dublin-Abkommen
- Resolution zu steigenden Lebensmittelpreisen
- Resolution zu Ägypten
- Erklärungen von Kommission und Rat zu EU2020
- Richtlinie zur Eindämmung gefälschter Medikamente
- Resolution zum Mediengesetz in Ungarn
- Handelsabkommen (sowie verbundene Schutzklauseln) mit Südkorea

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Oldenburger Str. 97
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion